

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung.

Bezugspreis: Monatsabonnement RM 1,75 einschl. Trägerlohn, Wochenkarte 4. J. — Erscheint täglich werktags. — Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag Kurt Ebbke, Bad Homburg v. d. H.

Anzeigenpreise: Die 6 gespalt. 43 mm breite Nonpareilzeile 15 J., auswärts 20 J., im Reklameteil 92 mm breit 50 J., Einzelnummer 15 J.

Homburger Lokalblatt.

Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 26293.

Canus-Post.
Telefon 707.

Geschäftsstelle und Redaktion: Quijstraße 26.

Nummer 34

Donnerstag, den 10. Februar 1927

2. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Die Untersuchung gegen den Reichsminister v. Reubell sieht unmittelfach vor dem Abschluß.

— Nach einer Meldung aus Dresden hat die demokratische Fraktion des Sächsischen Landtages beschlossen, als Nachfolger des zurücktretenden Innenministers Dr. Dehne den bisherigen Reichsminister des Innern Dr. Kütz vorzuschlagen. In demokratischen Kreisen rechnet man damit, daß die Schwierigkeiten der Aufwertungspartei gegenüber der Ernennung von Dr. Kütz sich binnen kurzem werden überwinden lassen.

— Gegenüber anderslautenden Meldungen ist festzustellen, daß irgendwelche Veränderungen in dem Beamtenstand der Reichskanzlei nicht beabsichtigt sind.

— Der polnische Votschaffer in Paris hat Briand einen Versuch abgelehnt, um ihm den Dank der polnischen Regierung für die Lösung der Frage der deutschen Ostbesetzungen zu übermitteln.

— Der „Daily News“ zufolge werde wahrscheinlich die britische Regierung bald bekanntgeben, daß sie in dem Streit mit China von der Völkerverbundorganisation Gebrauch machen werde, sobald sich die Gelegenheit bieten sollte.

— Bei einer parlamentarischen Zusammenkunft der englischen Liberalen Partei wurde Lord George wiederum zum Vorsitzenden der Fraktion für die Dauer der Session gewählt.

— Im Hinblick auf die revolutionäre Bewegung in Portugal werden ein englischer Kreuzer nach Lissabon und zwei Torpedobootzerstörer nach Porto entsandt werden, um die britischen Interessen zu schützen.

— Nach einer Washingtoner Meldung des „New York Herald“ ist im amerikanischen Staatsdepartement die Nachricht eingegangen, daß der amerikanische Gesandte in Portugal die Gesandtschaft in Lissabon verlassen habe.

— Nach einer Meldung aus Tokio hat der Kaiser von Japan dem deutschen Votschaffer Dr. Solf, dem Dozenten des Diplomatischen Korps, bei seinem Eintreffen am Tage vor dem Begräbnis des verstorbenen Kaisers zwei kostbare Vasen mit dem kaiserlichen Wappen zum Geschenk gemacht.

Deutsch-polnische Differenzen.

Schon seit langer Zeit hat man nichts mehr über die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen gehört, so daß bereits allerhand Vermutungen laut wurden. Wie nun jetzt von zuständigen Berliner Stelle mitgeteilt wird, trifft es leider zu, daß in dieser Angelegenheit eine ernste Krise eingetreten ist. Schon seit mehreren Monaten drehen sich die Verhandlungen um wesentlichen um dieselben Punkte, ohne vom Ziel zu kommen.

Im November 1926 sah sich deshalb der deutsche Bevollmächtigte veranlaßt, der polnischen Delegation präzise Fragen über bestimmte Punkte der im Handelsvertrag zu regelnden Niederlassung der beiderseitigen Staatsangehörigen zu stellen. Die polnische Haltung in diesen Fragen hat sich jedoch seither nur unwesentlich geändert, so daß man sich trotz aller deutschen Bemühungen einer Verständigung über die vertragliche Regelung von Einreise, Aufenthalt und Niederlassung auch jetzt noch nicht nähergekommen ist.

Auch bei den Verhandlungen über die zolltarifischen Bestimmungen hat eine Annäherung in den letzten Monaten nicht erzielt werden können. Diese Verhandlungslage ist nun in der letzten Zeit durch die Ausweisung einer Anzahl von Reichsdeutschen, insbesondere aus Polnisch-Oberschlesien, noch weiter belastet worden. Es handelt sich dabei u. a. um die leitenden deutschen Beamten der Oberschlesischen Kleinbahn und der Elektrizitätswerke A. G., deren Ausweisung der polnische Wojwode ausschließlich mit der Tatsache begründet hat, daß es sich hier um Reichsdeutsche handelt, deren Stellen für polnische Staatsangehörige freigemacht werden müßten. Die deutsche Regierung hat aus diesem Falle, der nur ein Glied in der langen Kette anderer Fälle bildet, den Eindruck gewinnen müssen, daß die politische Tendenz der polnischen Verwaltungsstellen bewußt darauf ausgeht, deutsche Unternehmungen in Polen durch die Ausweisung von Reichsdeutschen zu schwächen oder zu vernichten. Dieses Verhalten polnischer Amtstellen nimmt jedenfalls den schwebenden deutsch-polnischen Verhandlungen in der Niederlassungsfrage jeden Zweck und Sinn. Man kann das Verhalten der polnischen Behörden überhaupt kaum anders deuten, als daß man polnischerseits die Niederlassungsverhandlungen nicht mehr ernst nimmt. Es widerspricht jedem Rechtsempfinden, wenn Ausweisungen, die die Betroffenen ihrer Existenz berauben, ohne legitimen Grund und lediglich aus nationalistischen Rücksichten erfolgen.

Die polnische Regierung ist daher vor kurzem nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die polnische Regierung die volle Verantwortung dafür treffe, wenn durch diese Ausweisungen die deutsch-polnischen Verhandlungen aufs schwerste belastet würden. Die Meldung, daß die polnische Regierung die Ausweisung der genannten Reichsdeutschen aus Oberschlesien aufgehoben habe, hat sich leider nicht bestätigt. Es liegt auf der Hand, daß dadurch eine Lage entstanden ist, die die Fortführung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen aus das ernsteste gefährdet.

Vorzeitige Räumung?

Der gute Wille Englands.

Im englischen Oberhaus stellte Lord Beauchamp hinsichtlich der Räumung des besetzten deutschen Gebiets die Frage, ob diese Räumung nicht beschleunigt werden könnte, und wenn es auch nur aus dem naheliegenden Grunde wäre, daß nach ihrer Durchführung mehr Geld für Reparationszwecke verfügbar wäre.

Lord Salisbury erwiderte im Namen der Regierung, sobald das geltende Recht in Betracht komme, bestehe kein Anspruch auf vollkommene Räumung, ehe alle Bedingungen des Versailler Vertrages erfüllt seien. Das sei im Vertrage ausdrücklich bestimmt. Es sei jedoch zuzugeben, daß eine Beschleunigung sehr zu begrüßen sein würde. Dies sei auch die Auffassung der englischen Regierung gewesen, und sie werde, soweit es auf sie ankomme, ihre Macht und ihren Einfluß stets in dieser Richtung geltend machen.

Es sei jedoch eine sehr schwierige und verwinkelte Angelegenheit, die die intensive Mitarbeit Deutschlands bei den Verhandlungen und bei den Verhältnissen erfordere, zu denen diese Verhandlungen führen könnten, sowie die Mitarbeit der anderen Länder. Die Angelegenheit dürfe nicht überstürzt werden, sondern sie müsse den Gegenstand von Verhandlungen bilden. Jedoch, so erklärte Lord Salisbury zum Schluß, kann ich im Namen der Regierung und wohl auch aller Parteien dieses Landes feststellen, daß wir sehr gern auf jeden Fall eine Verringerung der Streitkräfte unserer früheren Verbündeten und unserer eigenen Streitkräfte in der zweiten und dritten Zone des besetzten Gebietes sobald als irgend möglich sehen würden. Ob dies bald der Fall sein kann oder nicht, kann ich nicht sagen, jedenfalls steht der gute Wille der englischen Regierung schon jetzt fest.

Amerika und die Kriegsschuldfrage.

Rußland der Hauptschuldige.

Der Herausgeber der weit verbreiteten amerikanischen Zeitschrift „Christian Century“ erklärte in einer Rede in der Syracuse-Universität zur Kriegsschuldfrage:

Das Verbrechen einer Kriegsschuld Deutschlands ist eine Fabel. Allmählich sehen die Völker der Welt fast ausnahmslos ein, daß alle an dem Kriege beteiligten Nationen ungegärt in dem gleichen Maße am Kriege schuldig sind.

In seiner Rede in der Syracuse-Universität führte der Herausgeber der „Christian Century“ weiter aus: Heute hören wir, daß die Historiker in der Meinung übereinstimmen, die Kriegsschuld lasse in erster Linie auf Rußland, demnachst auf Frankreich, Oesterreich, England und Deutschland. Der Krieg lernte uns viel, wie lernen insbesondere die Dinge in einer besseren Perspektive sehen.

Die Lage in China.

Eine Erklärung des englischen Ministerpräsidenten.

In der letzten Sitzung des englischen Unterhauses verlas der englische Ministerpräsident eine Entschließung des Kabinetts, die, wie er sagte, in wenigen Worten die Politik der Regierung enthalte. In dieser Erklärung heißt es: „Die allgemeine Politik der Regierung ist auf folgenden Erwägungen begründet: Unsere Truppen wurden nach dem Herrschen in China entsandt, um britisches Leben, und dies besonders in Shanghai, zu schützen. Dies war und ist die einzige Politik der Regierung. Wir sind der Ansicht, daß, wenn die Dringlichkeit sofortige Ausschiffung in Shanghai erfordert, wir demgemäß handeln werden, wenn nicht, so wird die führende Brigade in Bereitschaft in Hongkong gehalten werden, während sich der übrige Teil der Streitkräfte nähert. Natürlich kann der Abschluß irgendeiner Vereinbarung mit Tschen oder irgend jemand anderem über die Bewegung der Truppen nicht in Frage kommen, die einzig mit dem Zwecke entsandt sind, b r i t i s c h e s L e b e n z u s c h ü t z e n.“ Baldwin erklärte weiter: Was die Lage in Hankau betreffe, so habe sich vom britischen Standpunkt aus nichts ereignet, was die Entschlossenheit der Regierung, ihre Ziele durch Verhandlungen zu erreichen, ändern könnte.

Politische Tagesschau.

— Eine Interpellation der Demokraten im Reichstag. Die Demokraten haben im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die darauf hinweist, daß das Zolltarifgesetz vom 17. August 1926 am 31. Juli 1927 außer Kraft tritt. Es sei zu befürchten, daß der neue Zolltarif wieder hinter verschlossenen Türen und unter unkontrollierbaren Einflüssen zustandekomme. Die Reichsregierung wird gefragt, wann sie den Entwurf eines neuen Zolltarifgesetzes vorlegen und in welcher Weise sie den Reichstag an den hierfür nötigen Vorarbeiten beteiligen wolle. Sie soll weiter erklären, wann sie die neue Regelung der am 31. März 1927 in Kraft tretenden ermäßigten Agrarzölle vorzunehmen gedenke und ob sie gewillt sei, die Rolle auf die für die Viehhaltung der deutschen Bauernschaft nötigen Futtermittel zu beseitigen.

— Der Kampf um den Reichstag. Wie amtlich aus Berlin gemeldet wird, erregt die Ernennung einer Korrespondenz, Reichsminister von Reubell habe während des Kapp-Putschs einen in Küstrin stationierten Panzerzug nach Bärwalde entsandt, jeder Grundlage. Es handelt sich um eine Maßnahme des damaligen Kommandanten von Küstrin, die ohne Anregung und ohne Wissen des Herrn von Reubell angeordnet worden ist.

— Das Rotgesetz über die Arbeitszeit. Das Reichskabinett hat seine geschäftsordnungsmäßige Zustimmung zu den drei Vorlagen des Reichsarbeitsministers erteilt, welche auf Grund des § 7 des bestehenden Arbeitszeitgesetzes die Arbeitszeit für gewisse Arbeitergruppen in den Gaswerken, Metallhütten und in der Glasindustrie auf acht Stunden beschränken. Anlässlich dieses Beschlusses gab das Kabinett ferner seine Einwilligung zu einer beschleunigten Erledigung des in der Regierungserklärung bereits angekündigten Rotgesetzes über die Arbeitszeit.

— Zum amtlichen Wahlergebnis in Thüringen. Der thüringische Landtagswahlausschuss stellte amtlich die Zahl der gewählten Abgeordneten mit 56 fest und verteilte die Mandate aus den Reichstimmern. Der Landtagswahlausschuss vertrat die Ansicht, daß mit Rücksicht auf einige Unklarheiten, die sich bei der Auslegung des Landtagswahlgesetzes ergeben, in absehbarer Zeit eine höhere Instanz (der Staatsgerichtshof) angezogen werden müsse und daß schließlich eine Klärung der unrichtigen Bestimmungen sowohl im Landtagswahlgesetz als auch in der thüringischen Verfassung erfolgen müsse.

— Aus der Deutschvölkischen Partei. Von der deutschvölkischen Freiheitsbewegung geht der Presse eine Mitteilung zu, in der verschiedene Meldungen, wie die, daß der Abgeordnete Wulle, der zurzeit auf einer Propagandareise nach Südamerika unterwegs ist, zu den Nationalsozialisten übergetreten sei und Genuß zu den Deutschnationalen, daß Herr Graf eine persönliche Diktatur à la Hitler angestrebt habe usw., als absolute Phantasien bezeichnet werden, die sich um die einzige Tatsache des Ausscheidens des Abgeordneten Kube aus der Freiheitsbewegung gebildet haben. Dabei wird noch bemerkt, daß der Fraktionsbestand der völkischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag davon überhaupt nicht berührt werde.

— Notstandsarbeiten und Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages hielt Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine Rede, in der er erklärte, daß scharf unterschieden werden müsse zwischen den Notstandsarbeiten und dem Arbeitsbeschaffungsprogramm. Die Arbeitsbeschaffung besteht in erster Linie darin, durch Einwirken auf öffentliche Körperschaften die Arbeitsmöglichkeiten zu verstärken. So wurden die mit dem Reich in Verbindung stehenden Stellen wie die Reichsbahn und die Reichspost durch das Arbeitsministerium veranlaßt, selbst als Arbeitgeber zu wirken. Durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm wurden allein im letzten Halbjahre Hunderte von Millionen in Arbeit umgesetzt. Der Reichsverkehrsminister (Wasserstraßenabteilung) erklärte sich bereit, einen Teil der Arbeiten, die für das Haushaltsjahr 1927 vorgesehen waren, noch im Jahre 1926 ausführen zu lassen. Auch beschloß die Reichsregierung vorgriffweise neue Kanalbauten in Angriff zu nehmen. Leider sind im Reichstag die Streichungen erfolgt.

— Die „Hamburg“ in Griechenland. Das deutsche Schiffschiff „Hamburg“ ist, nachdem es einen schweren Sturm zu bestehen hatte, von Argostolion kommend im Piräus eingetroffen. Der griechische Kapitän Bezopoulos ging an Bord, um die „Hamburg“ im Namen des Präsidenten der Republik zu begrüßen. Der Kommandant der „Hamburg“, Gross, begab sich nach Athen und statete dem deutschen Gesandten einen Besuch ab. Dann wurde er vom Präsidenten der Republik empfangen. Im Anschluß daran suchte er den Marineminister und andere Behörden auf. Der deutsche Gesandte und die griechischen Behörden erwiderten die Besuche an Bord der „Hamburg“.

— Die Tagung des deutsch-französischen Studentenausschusses. Das deutsch-französische Studentenausschuss hat unter Vorsitz seines Präsidenten Emil Mahrsch-Luzemburg in Berlin eine von fast sämtlichen Mitgliedern aus Deutschland und Frankreich besuchte Tagung abgehalten. Entsprechend den bei den letzten Zusammenkünften in Paris gefaßten Beschlüssen wurde eine Reihe in der Zwischenzeit geprüfter Fragen erörtert. Auf kulturellem Gebiete befaßten sie sich mit dem Einfluß, den die beiden Ländern entstandenen Nachkriegsverhältnisse im Hinblick auf die sozialen, politischen und intellektuellen Fragen gehabt haben. Auf wirtschaftlichem Gebiete wurden grundsätzliche Fragen des modernen Industriebaus erörtert.

— Das französische Verwaltungsregime für die deutschen Sachlieferungen. Das französische Ministerpräsidium gibt bekannt, daß durch eine Reihe Dekrete das Verwaltungsregime für die deutschen Sachlieferungen nunmehr endgültig geregelt ist. Die Initiative für die Aufbarmachung bleibt den Verwaltungsstellen überlassen, die mit dem technischen Komitee, das an die Stelle des bisherigen beratenden Komitees treten wird, Fühlung nehmen werden. Die französischen Industriezweige sind in diesem Komitee vertreten. Das Kontrollrecht steht dem Parlament zu. Die Kontrolle wird von einem aus Mitgliedern des Parlamentes und hohen Beamten gebildeten Kontrollkomitee ausgeübt. Die beiden Komitees treten, um die Einheitslichkeit der Maßnahmen zu wahren, unter dem Vorsitz eines Regierungsmitgliedes zu einem sogenannten Überwachungsausschuss zusammen.

Aus aller Welt.

Mühlenbrand. Auf dem Spighoden der Pfistermühle in der Nähe des Hofbräuhauses in München brach ein Brand aus, der den 25 Meter langen Dachstuhl vollkommen einäscherte. Aus einer auf dem Boden befindlichen Maschine waren Funken herausgeschlagen, die in die Mehlstaubkammer gelangten und sofort zündeten. Große Mengen Mehl wurden vernichtet.

Feuer im Kronprinzen-Palais. Nachmittags gerieten im Kronprinzen-Palais unter den Linden in Berlin im zweiten Stock des linken Seitenflügels, der zurzeit zur Ausstellung von Gemälden usw. dient, der Fußboden mit der Wandbekleidung und dem Zwischengebälk in Brand, der von der Feuerwehr bald gelöscht wurde. Entstanden war das Feuer durch die Heizung.

Dr. Heinrich Braun gestorben. Dr. Heinrich Braun, langjähriger Herausgeber sozialpolitischer Zeitschriften, zuletzt der Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung, kurze Zeit sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, ist im 73. Lebensjahr einer Lungenentzündung erlegen. In zweiter Ehe war Braun mit der Schriftstellerin Lisa, geb. von Arschmann, verheiratet.

Feuer auf dem Berliner Rieselgut Münchehofe. Auf dem städtischen Rieselgute Münchehofe bei Soppengarten entstand ein größeres Feuer, durch das etwa 2000 Zentner Getreide, das in zwei Schubern aufgeschichtet war, vernichtet wurden. Die Ursache wird vermutet, daß das Feuer vorsätzlich angelegt worden ist, zumal aus beiden Schubern zu gleicher Zeit die Flammen herauskamen.

Liebestragödie in einem Hotel. In einem Hotel in der Sturfürstenstraße schloß ein 25jähriger Kaufmann aus Meisen einem 20jährigen Mädchen, ebenfalls aus Meisen, eine Angel in die linke Schläfe. Er stellte sich selbst der Polizei und gab an, die Tat im Einvernehmen mit dem Mädchen begangen zu haben, da eine eheliche Verbindung unmöglich war. Als er sich selbst erschießen wollte, habe die Pistole verfehlt. Das junge Mädchen wurde lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Gegenüberstellung der Sommerfelder Mörder. Ein Kriminalkommissar traf mit dem zweiten Sommerfelder Mörder, dem 19jährigen Friedrich Vibrenz aus Kiel, in Berlin ein. Er sowie Sommer zeigen große Kaltblütigkeit. Ihre bisherigen Aussagen decken sich fast. Man schließt daraus, daß sie vorher ihre Aussagen miteinander verabredet haben. Schon in der Fürsorgeanstalt haben sie den Nordplan entworfen und ihn sogar zeichnerisch festgelegt. Die Gegenüberstellung der beiden Mörder wird wahrscheinlich nach Beendigung ihrer Vernehmung erfolgen. Der Prozeß wird vor dem Schwurgericht in Rottbus stattfinden.

Aufhebung einer Spionageorganisation. Die Lemberger Polizei hat eine Bande ermittelt, die in Polnisch-Weißrussland zugunsten Sowjetrußlands Militärspionage betrieben hat. In die Affäre sollen über 25 Personen, vorwiegend Militär-, Eisenbahn- und Staatsbeamte, verwickelt sein. Bis jetzt wurden 17 Personen verhaftet. Wie einige Blätter wissen wollen, soll die von der Lemberger Polizei aufgebaute geheime ukrainische Militärorganisation sich nicht nur der Spionage betriebl. gewidmet haben, sondern sich auch der Durchführung terroristischer Aufschläge zur Aufgabe gemacht haben. Die „Gazeta Warszawska“ behauptet, daß die verhafteten ein Ukrainer mit dem am 26. Juli 1926 aufgedeckten zentralen Spionage- und Attentatsorganisation ukrainischer Studenten zusammengearbeitet hätten. Die Nachricht, daß sich unter den Verhafteten der Mörder des Lemberger Schulrektors Sobinski befunden hätte, wird von der Presse dementiert.

Die Wüste eines deutschen Lebensretters im Weißen Hause. Wie die „A. Z.“ meldet, wurde im Weißen Hause in Washington eine Wüste des Deutschen Fritz Steger, des Sohnes eines Tagelöhners in Sonnenberg bei Wiesbaden, aufgestellt. Steger hatte von dem in Szenen geratenen britischen Dampfer „Antinoe“ im Januar vorigen Jahres allein sieben Personen gerettet, hatte aber dabei selbst den Tod in den Wellen gefunden. Das amerikanische Konsulat in Frankfurt a. M. hat jetzt den Eltern die Geldsumme der Mannschaft des „Präsidenten Roosevelt“ überreicht, auf dem Steger damals Matrose war und der damals zur Rettung herbeigeeilt war.

Familientragödie in Warschau. Nicht erlöschend ein Erwerbsloser seine Frau, seine Schwiegermutter und drei Geschwister seiner Frau. Nach vollbrachter Tat nahm er sich selbst mit einem Schuß das Leben. Die Ursache der Tat soll in Not und Familienzwistigkeiten zu suchen sein.

Mauschgiftsmuggel in Genua. In Genua wurden sechs schwere Kisten beschlagnahmt, die von einer Schweizer Firma stammten und dort lagerten, um nach New York verladen zu werden. Da auf den Frachtdokumenten der Inhalt der Kisten einerseits als elektrotechnisches Material und andererseits als Aluminium bezeichnet war, wurden die Zollbehörden stutzig, öffneten die Kisten und stellten fest, daß die Kisten Kokain und Morphin im Werte von zwei Millionen Lire enthielten. Die schweizerische Ursprungsfirma, ein Mailänder Spediteur, sowie der Genueser Spediteur wurden insgesamt zu 1 600 000 Lire Geldstrafe verurteilt.

Letzte Nachrichten.

Strefemann in San Remo.

San Remo, 9. Februar. Reichsminister Dr. Strefemann ist heute vormittag 9.42 Uhr hier angekommen. Zu seinem Empfang waren der deutsche Botschafter in Rom, Freiherr v. Neurath, und der deutsche Konsul in San Remo, Geibel, auf dem Bahnhofs erschienen. Dr. Strefemann wurde nach seiner Ankunft von einer größeren Menge begrüßt.

Landtagsabgeordneter Müller-Franken gestorben.

Berlin, 9. Februar. Der Landtagsabgeordnete und Berliner Stadtverordnete Karl Müller-Franken (Wirtsch. Partei) ist heute vormittag im 51. Lebensjahre an Kopfrippe hier gestorben.

Die Not der Junglehrer.

Berlin, 9. Februar. Der Hauptausschuß des Landtages setzte heute die Aussprache zum Abschluß „Lehrerbildung und Volksschulwesen“ fort. Finanzminister Dr. Höpfer-Wschhoff legte die Gründe dar, die das Finanzministerium veranlaßt hätten, die Novelle zum Volksschullehrerdienstentgeltgesetz bisher nicht vorzulegen. Die Gründe lägen im wesentlichen auf allgemeinem besoldungspolitischen Gebiet und in der Finanznot der Gemeinden. Der Finanzminister warnte im übrigen davor, Ausgabepositionen des Haushalts zu erhöhen, ohne für Deckung der Ausgaben zu sorgen. Unterrichtsminister Dr. Becker erklärte, die Staatsregierung bemühe sich mit allen Kräften, die Junglehrernot zu beheben. Ueber die dazu führenden Wege sei innerhalb der Regierung noch keine Entscheidung getroffen. Die Regierung hoffe, daß der Hauptausschuß gemeinsam mit ihr geeignete Maßnahmen finden werde.

Herabsetzung des Diskontsatzes der belgischen Nationalbank.

Brüssel, 9. Februar. Die belgische Nationalbank hat den Diskont von 6% auf 6 Prozent und den Satz für Vorschüsse auf öffentliche Bonds von 8 auf 7% Prozent herabgesetzt.

Die Abrüstung zur Luft.

Brüssel, 9. Februar. Das Sachverständigenkomitee über die Abrüstung zur Luft beschäftigte sich weiterhin mit dem Problem, die Abrüstung mit den Interessen der zivilen Luftschifffahrt zu vereinigen. Für die völlige Unabhängigkeit der zivilen Luftfahrt wolle, dem jeder Eingriff des Staates nur Schaden könne, setzte sich besonders der holländische Vertreter ein, der dabei die Unterstützung Amerikas und Deutschlands fand. Man weist darauf hin, daß es unmöglich sei, gegenwärtig die Richtung der Entwicklung des Flugzeugbaus für kommerzielle Zwecke genau zu beurteilen und daß Beschränkungen im Bau nur schwere Hemmnisse verursachen könnten. Andererseits stehen Frankreich und Rumänien auf dem Standpunkt, bei der Begrenzung der Militärflugmittel könne man an den zivilen Flugmitteln nicht vorbeigehen.

Ein englischer Appell an Polen.

London, 9. Februar. Eine Anzahl führender Mitglieder der englischen Arbeiterbewegung richtete an Marshall Pilsudski und den Sejmarschall Rataj ein Schreiben, in dem sie die Annäherung der 6000 Männer und Frauen, die sich gegenwärtig wegen politischer Vergehen in den polnischen Gefängnissen befinden, anregen. Der Aufruf besagt, viele Tausende seien verurteilt zu drei, fünf, sieben und noch mehr Jahren Gefängnis wegen politischer Propaganda in einer Art, die in allen demokratischen Ländern gesetzlich und durchaus erlaubt sei. Ungefähr die Hälfte der Gefangenen sei noch nicht 20 Jahre alt. Viele davon gehörten zu den sieben nationalen Minder-

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Anträge des Reichstages und der Deutschnationalen, die sich mit dem Ausbau der privaten Vorschulen befassen.

Abg. Schred (Soz.) beantragt Herbeiführung des für diese Frage zuständigen Reichsinnenministers.

Der Antrag wird gegen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

In der Aussprache wendet sich der Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) gegen die Anträge in der Ausschußfassung. Noch mehr zu bekämpfen sei ein neuer Antrag der jetzigen Regierungsparteien, der die Aufhebung der Vorschulen auch dann verhindern will, wenn die Entschädigungsfrage landesgesetzlich geregelt ist. Bei seiner Annahme würde nicht einmal in Danzig die Aufhebung der Privatvorschulen möglich sein, obwohl dort durch Landesgesetz die Entschädigungsfrage vorbildlich geregelt sei. Der Ausschußantrag sei zweifelslos verfassungsändernd und bedürfe deshalb einer qualifizierten Mehrheit zur Annahme.

Abg. Rosenfeld (Komm.) bezeichnet die jetzige Beratung als ein Vorpostengefecht für die kommende Beratung des Reichsschulgesetzes. Das sei in Verbindung mit dem bevorstehenden Stenogramm die sichere Gewähr dafür, daß unter der schwarz-blauen Herrschaft die Schulen vollständig der Klassenherrschaft ausgeliefert wären.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Der Antrag der Regierungsparteien auf reichsgesetzliche Regelung der Entschädigungsfrage wird gegen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen.

Auf Antrag Schred (Soz.) wird die Schlussabstimmung aufgeschoben, bis die Vorlage mit der sieben beschlossenen Änderung gedruckt vorliegt. Es folgt die zweite Beratung der Anträge, die sich gegen die

Erhöhung der Biersteuer

und gegen die Aufrechterhaltung der Zafaksteuer richtet.

Der Ausschuß beantragt, die Biersteuererhöhung erst am 1. April 1927 in Kraft treten zu lassen. Dieser Ausschußantrag vom 16. Dezember 1926 kommt erst jetzt an das Plenum.

Abg. Penning (Wölk.) bedauert, daß gegen den Haren Willen der Ausschlußmehrheit die erhöhte Biersteuer am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist.

Abg. Dr. Forstner (Bayr. Sp.) weist darauf hin, daß nunmehr die Anträge überholt und gegenstandslos geworden seien.

Es folgt die zweite Beratung der Anträge der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung auf weiteren

Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

Der Ausschuß hat die Ablehnung aller Anträge beantragt. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat einen weiteren Antrag eingebracht, in dem u. a. verlangt wird, daß alle größeren Wohnungen von einer bestimmten Zimmerzahl oder über einen bestimmten Mietpreis bei Freiwerden vollständig aus der Zwangswirtschaft herausgenommen werden.

Abg. Silberstein (Soz.) bekämpft den neuen Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Abg. Treemel (Str.) hält eine Gesetzesänderung nicht für notwendig.

Nach einer weiteren kurzen Debatte verläßt sich das Haus.

Arme kleine Ditta!

Roman von Erich Ebenstein.

Copyright by Greiner u. Co., Berlin W. 30.

67)

(Nachdruck verboten)

„Am Samstagabend wieder legte ich über Dittas Füße. „Aus Habacht! Aus gemeiner Habacht also, nicht einmal aus Liebe! Und er — der wußte, daß ihm ein Kind geboren werden sollte — ging darauf ein! Wie häßlich das ist!“

„Vergessen Sie den springenden Punkt nicht: er war verliebt!“ sagte Hempel trocken. „Und wenn ein Mann in reifen Jahren in eine so gefährliche Person wie diese Alexandra Wendler verliebt ist, kann kann sie aus ihm einfach alles machen, was sie will. Sicher redete sie ihm ein, daß es genug sei, wenn er Ihnen und dem Kind die Buchhandlung hinterlasse. Sie wird ihm auch gesagt haben, daß Sie nie in eine Scheidung willigen würden, wenn Sie um die Erbschaft wüßten, usw. Das schließt sich nur. Tatsache ist, daß mein Freund, Rechtsanwalt Dr. Vassing, eines Tages einen Brief von Gerstendörfer erhielt nebst den nötigen Vollmachten und Papieren, worin ihm Mitteilung von der Erbschaft gemacht und er verständigt wurde, daß diese nach München an ihn überwiesen würde. Er möge sie einstweilen in Empfang nehmen, später aber an einem noch näher zu bezeichnenden Termin an einen Mister White auszahlen, der sich dieserhalb bei ihm einfinden werde und alle nötigen Ausweis- und Identitätsdokumente mitbringen werde. Gerstendörfer jedierte hiermit ausdrücklich die ihm zugesallene Erbschaft an den genannten Herrn. Alle Steuern, Gebührenbemessungen und Abzüge seien von Herrn White zu tragen.“

Alles vollzog sich dann planmäßig weiter. Dr. Vassing, der Gerstendörfer nicht persönlich kannte, hatte natürlich keine Ahnung, daß der sich später tatsächlich bei ihm um die Erbschaft meldende Amerikaner in Wirklichkeit kein anderer war als Doktor Gerstendörfer selbst.

Er wunderte sich im Stillen wohl, daß man ein solches Kapital nur so einfach verschleusen könne, handelte im übrigen aber genau seinen Anweisungen gemäß, und Mr.

wahre traut somit in den Weis des Welches, das Vassing weiter verwallete.

„Ich suchte mich nun, ausgestattet mit diesem Wissen, persönlich mit „Mr. White“ in Verbindung zu setzen. Aber all dies, was ich eben erzählte, war leichter in Erfahrung zu bringen, als Eintritt in die Villa Kublon, wo das „amerikanische“ Kleeblatt wohnte, zu erlangen.“

Die Herrschaften nahmen grundsätzlich keinerlei Versuch an, unter welchem Vorwand immer er sich auch melde. Ich. Ein wohlgeschultes Dienstpersional und zwei sehr scharfe Wächter wachten mit unbefehlter Strenge über die Durchführung dieses ausgegebenen Befehls.

Nachdem ich zwei Tage lang mit vergeblichen Versuchen verbracht hatt, dennoch irgendwie einzubringen, blieb mir nichts anderes übrig, als mich auf dieauer zu legen, um Mr. White außerhalb seines stachelbrautumszunt Besites zu begegnen und anzusprechen. Dies war nichts aussichtslos, denn er unternahm öfter Spaziergänge in die Umgebung.“

„Konnten Sie denn nicht einfach die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen?“ warf Degenbach ein.

„O ja, das hätte ich wohl versuchen können. Aber erstens widerstrebe es mir, die Sache an die große Glocke zu hängen, zeh lt, nicht mit Gerstendörfer erschrecken und seine Neugierigkeit — mindestens seine Erklärung vernommen, zweitens wäre dieser Weg bei weitem umständlicher gewesen. Man ist sehr vorsichtig in der Handlung von Amerika — besonders von reichen Amerikanern. Und schließlich — welches Verbrechen hätte ich gegen ihn geltend machen können? Er hat weder gestohlen, noch gemordet, noch Wechsel gefälscht, sondern hat einfach Frau und Kind um einer Geliebten willen verlassen.“

„Nun — seine Papiere mußten doch mindestens gefälscht sein!“

„Die Papiere waren im Gegenteil so echt, als Dokumente nur überhaupt sein können. Ausgestellt in Chicago auf Mr. White und Frau. Der Paß sogar mit einem Lichtbild versehen, das Gerstendörfer so ähnlich ist, daß es ganz gut für das seine gelten kann, und abgestempelt in München beim amerikanischen Konsulat. Später hatte ich sie selbst in Händen und konnte nur ihre Echtheit bestätigen.“

Der Detektiv fuhr nach kurzer Pause fort: „Ob abgekauft oder durch welcher merkwürdigen Zufall sie sonst in meine Besitz gekommen sind, weiß ich nicht. Vielleicht hat

schaffte sie Gustav Wendler, der ja aus Chicago kam, sich drüben White genannt und sicher noch Verbindungen dort besaß — vermutlich in Gaunerkreisen, die ja alle Schliche und Wege kennen. Echt sind sie — daran ist nicht zu zweifeln.“

Silas Hempel fuhr nach einer kurzen Pause fort: „Ich hält, also vor allem die Identität Gerstendörfers mit Mr. White beweisen müssen, und das wäre sehr zeitraubend gewesen, da es mir im Augenblick an den dazu nötigen Mitteln mangelte. Darum hauptsächlich entschied ich mich auch für den Weg direkter Verständigung.“

„Und gelang es Ihnen, Herrn Gerstendörfer zu sprechen?“

„Ja. An dem Tag, da ich der gnädigen Frau telegraphierte. Er verließ mit Gustav Wendler die Villa Kublon und beide gingen nach einer kleinen in der Nähe befindlichen Ortschaft. Dort trennten sie sich. Herr Gerstendörfer schlug die Richtung nach dem Wald ein, auf dessen Höhe sich eine Aussichtswarte befindet. Es war gegen Abend. Wahrscheinlich wollte er sich von dort den Sonnenuntergang ansehen. Ich folgte ihm. Oben angekommen, ließ er sich auf eine Bank nieder. Zum Glück war niemand in der Nähe und ich hoffte daher auf eine völlig ruhige, ungestörte Aussprache. Ich trat zu ihm, grüßte und sprach ihn ohne weiteres als Herr Gerstendörfer an. Er sah mich starr an, als verstände er gar nicht Deutsch, und setzte eine ablehnende Miene auf, indes hatte ich wohl bemerkt, daß er bis in die Lippen hinein erbleicht war. Antwort erhielt ich keine.“

„Ich wiederholte also meine Ansprache und setzte ihm auseinander, daß ich seit Wochen — nein, eigentlich seit einem Jahr, hinter ihm her sei und warum.“

Um es kurz zu machen: Er verlegte sich anfangs auf Leugnung und stellte sich dann, als er sah, daß ihm dies nicht half und ich ihm mit der Behörde drohte, die er über seine und der Geschwister Wendler Person getäuscht habe, auf den Standpunkt, daß mich sein Privatleben nicht das mindeste angehe. Er habe kein Verbrechen begangen, seine Frau sei versorgt und leide keine Not, und wenn er lieber stillschweigend von ihr gegangen sei, um ihr die Bitterkeit einer Aussprache und eines Scheidungsprozesses zu ersparen, so sei das seine Sache allein...“

Fortschreibung folgt.

heiten in Polen und seien verurteilt für ihren Kampf um die Erhaltung ihrer Sprache, Schulen, nationalen Kultur und Freiheit.

Das ungarische Heer.

Budapest, 9. Februar. Der Sonderminister hat in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses einen Gesetzentwurf eingebracht über die im Einverständnis mit der interalliierten Militärkontrollkommission unter der Zustimmung des Vorkomitees vorzunehmende Abänderung der Durchführung der militärischen Bestimmungen des Trianoner Friedensvertrages. Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzentwurfes sind, daß die Zahl der Gasmasken des Heeres auf 52 500 Stück erhöht, die Herstellung der Munition in vier getrennten Betrieben vorgenommen und die Polizei mit 12 Panzerautos versehen werden kann.

Sport-Nachrichten.

Deutsche Skimeisterschaften in Garmisch-Partenkirchen.

Nach Abwicklung sämtlicher Meisterschaften der Landesverbände des Deutschen Skiverbandes wird dieser nun in den Tagen vom 11. bis 14. Februar 1927 die Deutsche Meisterschaft, die Deutsche und Oesterreichische Skistaffelmeisterschaft, die Kampfsport im Skilauf sowie die Deutsche Eiseskimeisterschaft austragen. Die Feststätte Garmisch und Partenkirchen haben in großzügiger Weise für herzlichen Empfang und gute Unterkunft und Unterhaltung der Teilnehmer und sonstiger Gäste vorgesorgt. Ihr guter Ruf bürgt dafür.

Volkswirtschaft.

Die neue Wohnung und ihr Innenausbau.

Als Jugkraft der Frühjahrsmesse in Frankfurt a. M. ist wieder eine Spezialausstellung (der dritte Versuch in dieser Richtung) gedacht, und zwar durch „Die neue Wohnung und ihr Innenausbau“. Sie ist getragen von dem dringenden Bedürfnis der rationellen Gestaltung und damit der Verbilligung des Wohnhausbaues. Demnach wird eine Ausstellung anzutreffen sein von Wohn- und Siedlungsbauten, Plänen und Modellen. Besichtigt wird diese Abteilung vom Bunde Deutscher Architekten und übrigen namhaften Künstlern. Illustriert wird diese Ausstellung durch praktische Beispiele von Wohnungen und Einzelräumen für Wohnzwecke sowie eine Ausstellung des Frankfurter Hausfrauenvereins „Rationelle Haushaltsführung“. Dazu kommen Spezialausstellungen, und zwar: Normen in der Bauwirtschaft, Konstruktionen der Bauindustrie und Bauhandwerke, Sammelheizungen, Ofen und Herde, Installation für Wasser, Gas und Elektrizität, sanitäre Anlagen und Wandbefeidungen, Treppen, Fußarten und Anstriche, Tapeten und Linoleum. Schließlich sind hier noch Werkzeugmaschinen und Hilfsmaschinen für das Pflanzgewerbe bestimmt.

Lokales.

Gedenktafel für den 11. Februar.

1650 † der Philosoph René Descartes (Renatus Cartesius) in Stockholm (* 1596). — 1813 † der Dichter Otto Ludwig in Gießen (* 1765). — 1814 Napoleon schlägt die Preußen bei Montmirail. — 1823 † der Geologe R. Gümbel in Dammensfeld (* 1798). — 1808 † der Physiker Jean Bernard Foucault in Paris (* 1819). — 1873 † der Dichter Rudolf Hans Bartsch in Graz. — 1919 Friedrich Ebert wird vorläufiger Präsident des Deutschen Reiches. — 1926 † der Tiermaler Wilhelm Kuhnert in Waldhaus-Flims in der Schweiz (* 1865).

Endlich Winter.

Lange hat es gedauert, bis wir in diesem Jahre einen richtigen Winter bekommen sollten, d. h. daß die Temperatur merklich unter den Gefrierpunkt sank. In den Gebirgen herrscht seit Wochen Winterwetter, der Schnee liegt zum Teil recht hoch, so daß die Wintersportler längst auf ihre Kosten gekommen sind. Aber im Tal wollte es nicht Winter werden, nur ganz vorübergehend zeigte sich der rauhe Geselle. Man hatte sich verschiedentlich schon auf den Frühling eingestellt, und an vielen Stellen konnte man bereits die neu erwachende Natur beobachten. Eine direkte Gefahr für die Bodenfrucht dürfte durch die neue Frostperiode kaum entstehen. Für die Winterhaaten kommt eine ernstliche Schädigung nur bei strengem Frostwetter ohne Schneefall in Frage. Dürberlich wird der Frost nur bei der Beförderung der Speisekartoffeln in die Städte. Bei Obstbäumen, die schon geklimmt haben, dürfte eine Schutthülle gegen den neuen Frost angebracht sein. Eine empfindliche Störung würde jedoch die Bauwirtschaft erleiden. Sollte der strenge Frost anhalten, dann müßten auch die Hoch- und Tiefbauten eingestellt werden, bei denen eine große Zahl an Bauarbeitern beschäftigt ist, die dann wieder brotlos würden und der Fürsorge anheimfallen.

* **Wettervorhersage für Freitag, 11. Februar:** Anhalten der trockenen, kalten Witterung.

* **Der Umtausch des Reichsanleihe-Neubestandes in Ablosungsanleihe.** Wie früher angekündigt, soll der Neubestand von Reichsanleihen am 15. Februar zum Umtausch in die Ablosungsanleihe aufgerufen werden. Dazu sind die Vorarbeiten schon soweit geleistet, daß man vom 15. Februar ab nur wenige Tage zur Durchführung des Umtausches benötigen wird. Auch hier geschieht der Umtausch durch die bekannten Vermittlungsstellen und Reichsbankanstalten, wie sie bereits beim Altbestand benützt wurden. Die Anleiheablosung des Reiches mit Auslosungsrecht, und zwar die zweite Hälfte mit den Nummern 30 001 bis 60 000 werden vom gleichen Tage ab notiert und können in Stücken geliefert werden.

* **Handelsgebrauch beim Verkauf von Kraftfahrzeugen.** Bei Lieferung von Kraftwagen, auch fabrikneuer Lastkraftwagen, übernimmt üblicherweise der Lieferant nur eine Gewährleistung für die von ihm selbst hergestellten Teile. Für alle übrigen Teile, zu denen auch die Gummiabfertigung gehört, wird nur die Garantie gewährt, die dem Verkäufer seitens seiner Lieferfirma gegeben wird. Die Reifenfabrikanten lehnen in der Regel jede Haftung für Mängel ab und gewähren sogenannte Kilometergarantie nur unter ganz bestimmten Bedingungen.

* **Schont die Weidenlächer!** Mit Zustimmung des Bezirksausschusses hat, wie aus Wiesbaden gemeldet wird, der Regierungspräsident für den besetzten Teil des Regierungsbezirks verordnet, daß das Abschneiden und Abreizen von Weidenlächer und der Handel damit ohne besondere ortspolizeiliche Erlaubnis verboten und mit Geldstrafen bis zu 60 Mark oder hilfsweise sechs Tage Haft geahndet werden. Wegen die Uebertreter soll energisch vorgegangen werden. Ueberhaupt sollte jeder Naturfreund die Mahnung beherzigen: **Schont die Weidenlächer!**



Der neue badische Staatspräsident Dr. Trunk.

Der Badische Landtag nahm von der Berufung des badischen Staatspräsidenten und Finanzministers Dr. Köhler zum Reichsfinanzminister offiziell Kenntnis und wählte darauf den bisherigen Ministerialdirektor im Unterrichtsministerium Geheimrat Dr. Schmitt zum Finanzminister. Das Amt des Staatspräsidenten wurde dem Justizminister Dr. Trunk (Zir.) übertragen.

* **Acht Jahre deutscher Luftverkehr.** Dieser Tage waren acht Jahre seit der Eröffnung des deutschen Luftverkehrs vergangen. Im Februar 1919 wurde nämlich der erste regelmäßige Streckenverkehr eingerichtet, und zwar zwischen Berlin und Weimar, dem Tagungsort der Deutschen Nationalversammlung. Vergewagt man sich, daß jetzt die Flugzeuge der Deutschen Luftflotte täglich in der Hauptsache 40 000 Kilometer, d. h. einmal um den Erdball fliegen, und daß es mehrmotorige große Kabinenflugzeuge sind gegenüber den kleinen offenen Maschinen von damals, so erhält man einen Beweis für die außerordentlich schnelle Entwicklung des deutschen Luftverkehrs.

* **Winkerkredite.** Verschiedene Anfragen gaben Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß die Rückzahlungsfrist der im Juli 1925 verteilten, zu 3 Prozent verzinslichen und ursprünglich auf den 31. Dezember 1926 zur Rückzahlung fälligen Winkerkredite im Hinblick auf die Lage des Rebbaus bis 31. Dezember 1928 verlängert worden ist.

* **Leihfässer im Weingebiet.** Es ist im Weingebiet handelsüblich, daß die gelieferten Weinfässer Eigentum der Lieferfirma bleiben, selbst wenn für Buchungszwecke ein Taxwert in der Rechnung eingesetzt ist. Die Leihfässer sind nach Entleerung prompt und franko zurückzugeben. Als angemessene Frist, innerhalb deren die Rücksendung zu erfolgen hat, wurde durch die gemeinsamen sogenannten Mainz-Berliner Beschlüsse der Weinhändlerverbände ein Zeitraum von vier Wochen festgesetzt. Die Frist von vier Wochen dürfte aber etwas kurz bemessen sein. In der Praxis wird im allgemeinen eine Frist bis zu zwei Monaten zugebilligt. Erst nach dieser Zeit wird eine Leihgebühr für jeden angefangenen Monat verlangt. Wird das Faß nicht zurückgegeben, so erscheint nach heutigen Verhältnissen für das Viertelstück der Betrag von 60 Mark als Ersatz angemessen. Im Weinhandel hat sich der Gebrauch herausgebildet, daß, wenn das Faß von dem Empfänger spätestens nach Ablauf eines halben Jahres seit dem Bezug in bar ersetzt wird, eine Berechnung von Leihgebühren nicht stattfindet.

* **Wohlfahrtsbriefmarken.** Ein Verleger aus Dortmund läßt unter Verwendung eines Empfehlungsschreibens des Bundes der Schwerkriegsbeschädigten Deutschlands für eine Zeitschrift „In Treue fest“ werben. Die eingehenden Beiträge sollen für bedürftige Kriegsober verwendet werden. Die ganze Werbung ist jedoch schwindelhaft.

* **Wohlfahrtsbriefmarken.** Der Vertrieb der zugunsten der Deutschen Nothilfe herausgegebenen Wohlfahrtsbriefmarken zu 5, 10, 25 und 50 Pfg. sowie der Markenbestichen mit acht Wohlfahrtsbriefmarken zu 5 Pfg. und 6 Stück zu 10 Pfg. wird bei den Postämtern am 15. Februar eingestellt. Diese Marken können aber noch bis zum 20. April durch die über das ganze Reich verzweigten Organe der Deutschen Nothilfe bezogen werden. Die Gültigkeit der Wohlfahrtsbriefmarken zum Fremden der Postsendungen erlischt erst mit dem 30. Juni 1927.

* **Genaue Anschrift bei Postfächern.** Bei der Darmstädter Oberpostdirektion mußten im Jahre 1926 9480 Briefe und 6604 Postkarten sowie zahlreiche Drucksachen infolge ungenügender Anschrift vernichtet werden. Es wird nochmals dringend im eigenen Interesse gebeten, klare und deutliche Adresse anzugeben.

Eingefandt.

Liebe Redaktion!

In letzter Zeit wurde viel von der Hebung der Kur geschrieben und gesprochen. Es kommen da aber immer nur Herren zur Sprache, welche die Kur von ihrem Gesichtspunkt aus betrachten. Man sollte mal eine Bürgerversammlung einberufen, so ähnlich wie im vergangenen Jahre im Römer die Volksgemeinschaft der Kurbetriebe zu einer großen Kundgebung es gebracht hatten. Man könnte da Verschiedenes aus der Bürgerschaft hören. Denn schließlich ist es doch angebracht, wenn die Bürger bezahlen sollen, können sie auch ein paar Worte mitreden. Es hat sich da schon eine Kommission gebildet und kein Mensch ist danach gefragt worden, ob einem diese Herren auch recht sind und diese Herren auch gezahlt sind, diesen Posten auszufüllen. Die Herren der Volksgemeinschaft vom vergangenen Jahre könnten die Versammlung wieder einberufen. **Civis**

Stadtverordnetenversammlung. In dem gestrigen Stadtverordnetenbericht hatte im Punkt 4: Berücksichtigung von Mitteln für Bezug einer zweiten Wasserleitung u. f. w. nicht Herr Stv. Schloßner das Wort ergriffen, sondern diese Ausführungen machte Stv. Neiß. Bei dieser Gelegenheit kam nicht der Stv. Riedel auf das frühere Projekt der Wasserabgabe an die Gemeinde Dornholzhausen zu sprechen, wie irrtümlich angegeben, sondern Stv. Scholz der Veranlassung nahm auf die finanziellen Vorteile hinzuweisen, wenn bei Schaffung der neuen Anlage, die Gemeinde Dornholzhausen daran beteiligt werden könnte. Stv. Riedel geisterte, an die

Ausführungen Scholz anknüpfend, die damalige Abstimmung des Stadtverordnetenkollegiums und wies darauf hin, daß durch diese Abstimmung der Stadt jährlich 3000 Mk. verloren gingen.

Intern. Bund der Kriegs- u. Arbeitsopfer. Allen Kriegsbesch. u. Hinterbl. zur Kenntnis, daß alle bedürftige Halbweifen und Waisen zur Konfirmation u. Kommunion eine Beihilfe erhalten: Anträge sind bis spätestens am 20. Februar an die Vertreter der Organisationen oder am Wohlfahrtsamt Zimmer Nr. 11 abzugeben.

Selbstanschlußbetrieb in Bad Homburg. Die Deutsche Reichspost beabsichtigt, mit den Vorbereitungsarbeiten für die Einrichtung des Selbstanschlußbetriebes in Bad Homburg zu beginnen. Für einen einwandfreien Selbstanschlußbetrieb ist Hauptforderndes, daß die Außenleitungen möglichst störungsfrei bleiben, was sich am besten durch Führung der Leitungen in Kabeln erreichen läßt. Die Reichspost wird daher in den Bürgersteigen zu beiden Seiten der Louisestraße, Ferdinandstraße, Kisseleffstraße, Ludwigstraße, Kaiser-Friedrich-Promenade, Schwedenplatz, Ludensstraße, Wallstraße, Haingasse, Elisabethenstraße, Gymnasiumsstraße, Hübnerstraße, Cassillostraße und Obergasse Kabelkanäle mit Zuführungen nach den einzelnen Grundstücken herstellen, um die Sprechstellen samt Freileitungen durch Kabel an das Netz anzuschließen. Der Bau wird allerdings für den Fußgängerverkehr vorübergehend einige Unbequemlichkeiten zur Folge haben, die sich aber leider nicht vermeiden lassen. Die Arbeiten, mit denen schon im Laufe des März begonnen wird, so beschleunigt werden, daß sie beim Beginn des Kurbetriebes durchgeführt sind.

Wochenbericht für die Zeit vom Donnerstag, den 3. 2. bis einschl. Mittwoch, den 9. 2. 27. 1. Arbeitsuchende: a) am Schlusse des Stichtages waren noch verfügbar 2040 männl., 370 weibl., insgesamt 2415. b) Neumeldungen in der Zeit vom Donnerstag der Vorwoche bis zum Schlusse des Stichtages, 52 männl., 9 weibl., insgesamt 61. c) am Stichtag der Vorwoche waren verfügbar 2029 männl., 364 weibl., insgesamt 2393. 2. Offene Stellen: a) am Schlusse des Stichtages waren noch verfügbar 1 männl., 11 weibl., zusammen 12. b) Neumeldungen in der Zeit vom Donnerstag der Vorwoche bis zum Schlusse des Stichtages 36 männl., 3 weibl., zusammen 39. c) am Stichtag der Vorwoche waren verfügbar 2 männl., 12 weibl., zusammen 14. Metallverarbeitung und Maschinenindustrie wurden Arbeitskräfte aus kleinen Betrieben entlassen. Lederindustrie und Industrie Lederartiger Stoffe die Fa. Gebr. Hausmann. Hier, hat einige weibl. und männl. Arbeitskräfte wegen Arbeitsmangel entlassen. Gast- und Schankwirtschaft war die Nachfrage für die kommende Saison reger. Die Zahl der Nothilfsarbeiter hat sich erhöht und werden 3 31 im Kreise 181 Personen beschäftigt.

Zugverkehr von einem Wegelagerer angebrochen. In einer der letzten Nächte wurde auf der Chaussee bei Wallerstädten ein junger Mann von einem Wege-lagerer angeschossen. Der erste Schuß ging fehl, während ein zweiter Schuß in den Arm ging. Zufällig kamen einige Radfahrer des Weges, worauf der Täter die Flucht ergriff. Die von der Gendarmerie angestellten Ermittlungen nach dem Täter blieben bisher erfolglos.

Kassel. („Hauptbahnhof Kassel.“) Die Reichsbahndirektion Kassel teilt mit: „Nachdem die Aenderung der Schreibweise des Ortsnamens Cassel in Kassel vom preussischen Staatsministerium angeordnet worden ist, hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft genehmigt, daß die Aenderung auch im amtlichen Verkehr der Reichsbahn durchgeführt wird. Gleichzeitig wird eine Aenderung in der Bezeichnung des Bahnhofes Kassel in der Weise durchgeführt, daß er den Zusatz „Hauptbahnhof“ erhält. Ebenso wie der Bahnhof selbst erhalten die sämtlichen übrigen Dienststellen (Güterabfertigung, Eilgutabfertigung, Fahrkartenausgabe, Gepäckabfertigung und Stationskasse) den Zusatz „Hauptbahnhof“. Für die übrigen Bahnhöfe in Kassel (Kassel-U., Kassel-Verschöbenbahnhof, Kassel-Wilhelmshöhe, Kassel-Beitenhausen, Kassel-Zuldhafen) und ihre Dienststellen, tritt, abgesehen von der Aenderung der Schreibweise in „Kassel“, keine weitere Aenderung ein.“

Wiesbaden. (Feuerwehrtag in Nöbelheim.) Die diesjährige Zentralvorstandssitzung des Nassauischen Feuerwehverbandes findet am 11. und 12. Juni d. J. in Frankfurt a. M. Nöbelheim statt.

Wiesbaden. (Gold- und Silberwaren-Diebstahl im Zuge.) In einem von Köln nach Wiesbaden fahrenden Personenzug wurde einem Wiesbadener Kaufmann ein schwarzlederener Mäntelkoffer mit Herren- und Damenarmband- und Taschenuhren aus Gold und Silber, sowie goldene Phantasie- und Silberringen im Gesamtwerte von etwa 18 000 Mark gestohlen. Es gelang bisher noch nicht, die Täter auffindig zu machen.

Mainz. (Mainzer Rosenmontagszug.) Der Mainzer Fastnachtzug am Rosenmontag verspricht eine großartige Aufmachung. Der Kommission, die täglich Sitzungen abhält, sind annähernd 70 brauchbare Entwürfe für Zuggruppen und -wagen vorgelegt worden, die schon zum größten Teil fertig bearbeitet zur Ausführung bereit liegen. Gewisse Schwierigkeiten verursacht nur noch die Beschaffung von Pferden, Wagen und Autos, aber auch hier hofft man in der aller-nächsten Zeit eine vollkommene Lösung zu finden. Der dies-jährige Rosenmontagszug, der erste nach zwölfjähriger Unterbrechung, wird sich jedenfalls den schönsten und prunkvollsten Zügen der Vorkriegszeit würdig zur Seite stellen können.

Rundfunk.

Freitag, 11. Februar. 1: Neue Schallplatten. 3:30 Stunde der Jugend, „In Rauch und Dampf“ (formeller und Gieberei), Vortrag Dir. Menne (für Kinder vom 12. Jahre ab). 4:30: Hausfrauen-Nachmittag. „Hat das Kind recht?“, von Dr. Bapperl. 5:45 Lesestunde (Briellatur); Aus: „Goethes Briefwechsel mit einem Kinde“. 6:15: Nützliches Idee vom Ring der Ewigkeit. von Pfarrer Laesler. 7: Stallenisch.

Sterbe + Tafel.

Herr August Twellmeier, 43 Jahre alt, Müßbachstr. 39. Beerdigung vom kath. Friedhof.

Handelsteil.

Verst. 9. Februar.

Devisenmarkt. Die Korrekturen für Spanien schwanken mehrfach. London lag fester.

Effektenmarkt. Anfangs war die Börse fest, so daß meistens Kursgewinne festzustellen waren. Später trat eine Abschwächung ein. Am Rentenmarkt keine bedeutenden Veränderungen.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen mdt. 26.60—27.00, Roggen mdt. 24.70—25.00, Futtergerste 19.40—20.70, Sommergerste 21.60—24.10, Hafer 19.00—20.00, Mais 18.80—19.00, Weizenmehl 35.25—37.25, Roggenmehl 34.25 bis 36.50, Weizenkleie 15.50, Roggenkleie 15.10—15.25.

Krautmarkt a. M., 9. Februar.

Devisenmarkt. Am Devisenmarkt Madrid schwächer, London/Madrid 20,06, Paris 123,44, New York 4,88, Pfunde-Mark 20,46,7, Dollar-Mark 4,21,95.

Effektenmarkt. Die Börse eröffnete sehr geschäftsunlustig und uneinheitlich. Auf den ungünstigen Stand der Freigabeangelegenheit bröckelten Schiffahrtswerte ab, auch variable Märkte liefen ruhig und ohne besondere Kursveränderung. Deutsche Anleihen lagen ruhig und schwächer bis 900. Schussgebiet be-

Wapinet 77%. Tagesgeld auf 3% Prozent ermäßigt, Monatsgeld 4%—6 Prozent.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen 29.50—29.75, Roggen 27.00—27.25, Sommergerste 26.00—27.50, Hafer 21.50—22.25, Mais 18.50—18.75, Weizenmehl 40.25—40.75, Roggenmehl 38.25—38.75, Weizenkleie 13.50—13.75, Roggenkleie 13.75—14.00.

Wainz. (Prozess gegen den Schriftleiter einer Bauernzeitung.) Am 23. Februar wird von der hiesigen Strafkammer gegen den Schriftleiter des „Rhein- und Hesse-Bauern“ wegen Aufreizung gegen die Staatsgewalt und Aufforderung zum Steuerstreik verhandelt. Wie in einer Versammlung der freien Bauernschaft, deren Organ das genannte Blatt ist, mitgeteilt wurde, will die Organisation am Verhandlungstage in der Stadthalle eine große Demonstrationsversammlung abhalten, die gegen die Anklageerhebung protestieren soll.

Nieder-Jungelheim. (Zwei Auto gefahren.) Ein achtjähriger Junge, der aus der katholischen Kirche kam, lief in ein um die Strahlende bogenes Auto. Er wurde dabei von den Rostflügeln erfasst und zur Seite geschleudert. Der Junge, der neben äußeren Verletzungen auch Brüche mehrerer Rippen davontrug, mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Worms. (Prähistorischer Fund.) Im Gebiet unserer alten Stadt wurden schon des öfteren wertvolle Funde aus vorgeschichtlicher Zeit zutage gefördert. Diesen Spuren aus viele Jahrtausende zurückliegenden Zeiten dürfte ein neues wichtiges Beweisstück hinzugefügt werden durch einen Fund in einer der Firma Dörfler & Reinhardt gehörigen Sandgrube am Ende der Frankenthaler Straße. Es handelt sich um Mammuthschädel mit zwei Stoßzähnen. Die Direktion der städtischen Sammlungen hat die Vergütung des Fundes übernommen und wird weitere Aufklärungen folgen lassen.

Worms. (Reinheffische Bauernversammlung.) Hier fand eine von der freien rheinheffischen Bauernschaft veranstaltete Versammlung statt, in der Schriftleiter Dahn ein längeres Referat hielt, in dem er die Not und Sorgen des Bauernstandes eingehend erörterte. Er wies nach, daß von einer Rentabilität des Bauernstandes kaum gesprochen werden könne, weil man notgedrungen wieder zur Schuldenwirtschaft übergehen mußte und von Seiten des Staates keinerlei Verständnis oder Unterstützung genieße. Der Bauer kämpfe heute um die Zukunft der deutschen Landwirtschaft und damit des deutschen Volkes überhaupt. Als zweiter Redner sprach Generalsekretär Zeder, Mainz, über die Organisation der freien rheinheffischen Bauernschaft. Die nächste Bauernversammlung findet in Mainz am 23. Februar statt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Regierungspolizeiverordnung vom 1. Februar 1911 werden die Hauseigenklümer und deren Stellvertreter hiermit aufgefordert, innerhalb 14 Tagen die

Schnakenverflügung

durch Abflammen der Wände und Decken der Keller, Schuppen, Ställe und Waschküchen zu veranlassen.

Das Abflammen geschieht am besten durch Abbrennen von Strohwischen oder Holzwole.

Die Mieter haben die betr. Räume zum fraglichen Zweck zu öffnen.

Soweit die Verflügung durch den Hausbesitzer nicht selbst vorgenommen wird, ist der Weißbinder Johann Georg Derfeld, der mit einem Polizeiausweis versehen ist, berechtigt, sich für diese Arbeiten anzubieten.

Nachprüfung erfolgt durch das Polizei-Exekutivepersonal und werden Zuwiderhandlungen polizeilich geahndet.

Bad Homburg v. d. S., den 8. Februar 1927.
Polizei-Verwaltung.

Preuß.

Oberförsterei Homburg v. d. S.

Brennholz-Verkauf

aus der Försterei Feldberg am Dienstag, 15. Februar, vorm. 11 Uhr, auf dem Sandplacken bei Gastwirt Heid, Distrikt 44, 45 Stollenloch, 59, 61 unter dem Gipfel und Sammeltrieb:

Eichen: Scheit und Knüppel 8 Amtr.

Buchen: Scheit und Knüppel 143 Amtr. Reiser 1. Klasse 100 Amtr.

Fichten: Scheit und Knüppel 255 Amtr. Reiser 1. Klasse 146 Amtr. rund 4 Mtr. lang, Wellen 9 Sdt.

Abfuhr zur Kanonenstraße günstig. — Zahlungsfrist 3 Wochen. Die blau unterstrichenen Holznummern im Distrikt 59 sind vom Verkauf ausgeschlossen.

Holzversteigerung.

Am Mittwoch, den 16. 2. 27, vormittags 9 Uhr kommen im Hotel Scheller, Dornholzhausen folgende Holzarten zur Versteigerung:

a Nugholz in dem Distrikt 28, 42, 44 im Homburger Stadtwald

7 Stück Nadelholzflämme Kl. 1a mit 1,17 Fm.

94 " " " " 1b " 28,58 "

188 " " " " 2a " 85,74 "

112 " " " " 2b " 79,65 "

22 " " " " 3a " 25,77 "

2 " " " " 3b " 2,99 "

b Brennholz in den Distrikten 20, 28, 44 im Homburger Stadtwald

8 Am. Eichenscheid u. Knüppelholz u. 200 Wellen

34 " Buchensch. u. " u. 4100 "

128 " Nadelscheid u. " u. 155 "

11 " and. Laubsch. u. " u. 165 "

Zahlungsfrist für Brennholz 1 Monat, für Nugholz bis 1. 8. 27.

Es wird gebeten, das Holz vorher zu besichtigen.

Auskunft erteilt Förster Leonhardt, Dornholzhausen, Müldenbollerweg 1.

Der Magistrat.

S. R. B. 155 — 5 — Firma Voren und Co.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung Bad Homburg v. d. S. Höhe. Der Kaufman Georg Ulrich in Bad Homburg v. d. S. ist als Geschäftsführer ausgeschieden.

An seine Stelle ist der Kaufmann Ernst Seibert in Bad Homburg v. d. S. getreten.

Bad Homburg v. d. S., den 31. Januar 1927.

Preuß. Amtsgericht Abt. 4.

Kostenlose

Feuerbestattung

ohne jede Warzeil gegen geringe Monatsbeiträge, gewährt die Deutsche Feuerbestattungskasse „Flamme“

Auskunft erteilt Herr Gustav Ludecke, Bad Homburg, Waisenhausstraße 4.

Verein für Feuerbestattung e. V. für Bad Homburg und Umgegend.

11



Zum Karneval

empfehl ich in der Anfertigung von **Eintrittskarten, Gedichten, Programmen und Plakaten** in ein- und mehrfarbiger Ausführung die

Druckerei der Homburger Neuesten Nachrichten.



Gas-u. Kohlenherde
Dauerbrandöfen,
Oenschirme,
Kohlenkasten,
Kohlenüller,
Kehrrichteimer,
Grosse Auswahl!
(1 Billige Preise!)

MARTIN REINACH, Eisenhandlg.
Telefon: 932 Bad Homburg, Luisenstrasse 25

Achtung!



Achtung!

Alles staunt über meine billigen Preise

Prima **Pferdesfleisch** ohne Beilage p. Pfd. —.40 Mk.
" **Suppenfleisch** " " —.30 "
" **Lenden** im Querschnitt " " —.60 "
" **Rostbeef** " " —.50 "
" **Schafsch** " " —.40 "
" **Servelatwurst** m. Schw. gem. " " —.90 "
" **Mettwurst** " " —.80 "
" **Bierwurst** in Schweinefl. gem. " " 1.— "
" **Fleischwurst** " " —.60 "
" **Würstchen** pro Stück —.10 "

Die Wurstwaren sind mit dem besten deutsch. Schweinefleisch verarbeitet keine Auslandsware.

Eckhardt Hardt :: Pferdschlächterei
nur Töpferweg Nr. 1 268

Verantwortlich für den politischen, Handels- und lokalen Teil Kurt Böde, für Inserate Christof Dickensfeld, beide in Homburg.

Gesangverein
Niederkrantz
Gonzenheim 269

Am Samstag, den 12. Februar, abends 7.61 Uhr, im „Darmstädter Hof“ (Belger Frh. Kesselmann)

großer Preismaskenball

Es ladet freundlichst ein das **närrische Komitee** Große Ueberraschung. Wertvolle Preise. 2 Negerkapellen. Karten im Vorverkauf bei Herrn H. Feid, Hauptstr. 58 Herrn Edg. Zuld, Hauptstr., Herrn Adam Ehry, Frankfurter Landstr., woselbst auch die Preise ausgestellt sind.

Achtung!



In der Kasernenstraße 2 Läden gib es!

Prima junges fettes Pferdesfleisch

! sowie: **Servelatwurst, Mettwurst, Schinkenwurst, Prehkopf, Fleischwurst, Würstchen** zu den bill. Preisen.

267

Sämtliche Wurst ist stark mit Schweinefleisch verbessert

Großpferdschlächterei Hugo Kessler

1000 Mark

kann ich nicht verschenken aber ich kann Sie ebenso gut und preiswert mit **Lebensmitteln** bedienen, wie jede Konkurrenz. Ein Versuch wird Ihnen dieses beweisen.

Heinrich Meier

226) Schulstraße 8 Telefon 912

Wer bei Einkauf von mindestens Mk. 3.— dieses Inserat mitbringt, erhält eine Tafel Schokolade gratis.

Für den Winter:

273) **Frisch von der See**

Grüne Spritze Pfd. 20 Pfg.
Bratschellisch per Pfd. 20 Pfg.
Cabliau ohne Kopf per Pfd. 25 Pfg.
Seelachs im Aufsch. per Pfd. 35 Pfg.
Feinstfe gebackene Fische per Pfd. 60 Pfg.
Prachtvolle Voll-Büchlinge per Pfd. 35 Pfg.

W. Lautenschläger
Telefon 404

Göttinger 87
Wurstwaren Schaper,
Wallstraße Nr. 7

Damen-Maskenkostüme
zu verleihen.
Urselerstraße 41 I. Hak: Weberstiftung